Immer wieder eine lesenswerte Zeitschrift und das Ergebnis einer hervorragenden Leistung der International-Redaktion. Wir geben unseren Leserinnen und Lesern heute das Cover der Ausgabe I/2024, das Inhaltsverzeichnis, das Editorial und als Beispiel für einen der im Heft enthaltenen Artikel „Italien nach 16 Monaten Meloni“ zur Kenntnis. Es folgen die genannten Seiten. **Albrecht Müller**.

INHALT

Editorial
Fritz Edlinger 3

Die Syntax von Freiheit und Gleichberechtigung
Herbert Maurer 5

Was wurde aus der Globalisierung
Wendelin Ettmayer 6

Die entstehende multipolare Unordnung der Welt-Finanzen
Kurt Bayer 13

Kissinger: Weitsichtiger strategischer Denker mit dunklen kurzsichtigen Flecken
Heinz Gärtner 17

Italien nach 16 Monaten Meloni
Susanna Böhme-Kuby 22

Bolivien: Abschied vom Wolkenkuckucksheim
Robert Lessmann 26

Tschechien: Endlich ist die Linke draußen!
Přemysl Janýr 30

Ein Nachruf auf Trautl Brandstaller
Adalbert Krims 36

Westbank: Siedlerterror eskaliert
Ein Lokalaugenschein von *Markus Schauta* 39

Libanon-Israel: Die einzigen zwei Demokratien im Nahen Osten und ihre Konflikte
Miriam Younes 43

Kurdistan: Zwischen Hoffnung und Unterdrückung
Jan Ritter 48

Cabo Verde – Feuer und Wind
Günter Spreitzhofer 52

Kant: Ewiger Friede oder ewiger Krieg?
Alfred J. Noll 55

Kulturfeuilleton: Nach 300 Jahren immer noch: KANT
Herbert Maurer 60

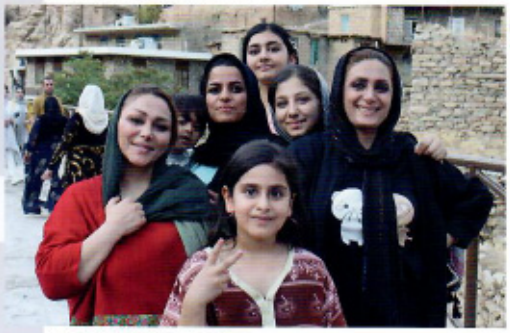
Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?
Herbert Maurer 62

Lyrik für den Frieden: Karl Kraus
„Zum ewigen Frieden" von Immanuel Kant! 63

Aktuelle Bücher & Medien
Aktuelle Rezensionen 65

Die Aufbruchsstimmung nach dem Fall der Mauer hat sich umgekehrt Seite 6

Henry Kissinger mit Augusto Pinochet Seite 17


Kurdische Familie in Rojhilat Seite 48

Thomas Kaminsky „Krieg" Seite 63

IMPRESSUM

International – Die Zeitschrift für internationale Politik | **Medieninhaber, Herausgeber & Chefredaktion:** Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik, **Mit der Herausgabe und Chefredaktion beauftragt:** Fritz Edlinger, E-Mail: fedlinger@international.or.at | **Mitglied der Chefredaktion:** Herbert Maurer | **Layout & Satz:** Thomas Lehmann **Redaktion & Verwaltung:** Stutterheimstraße 16-18/Stiege 3/1204, A-1150 Wien; Internet: www.international.or.at, E-Mail: office@international.or.at | **Druck:** Berger, 3580 Horn | **ISSN:** 1010-9285
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.

Ausgabe I/2024

Die Welt ist in Unordnung

EDITORIAL

Wir befassen uns in diesem Heft sehr stark mit dem Thema Frieden, besser noch, mit der Sehnsucht der meisten Menschen danach. Diese findet sich in der gesamten Menschheitsgeschichte, in den unterschiedlichsten Kulturen, Religionen und Regionen. Im Gegensatz dazu finden wir in der Geschichte jedoch kaum länger anhaltende Perioden, in denen diese Sehnsucht auch tatsächlich erfüllt worden ist.1 Möglicherweise hängt das auch mit einem fundamentalen Irrtum zusammen, was man nun eigentlich unter Frieden verstehen kann und mit welchen Methoden man diesen tatsächlich und dauerhaft erreichen kann. Auch heute sind wir wieder mit einer höchst unfriedlichen Situation konfrontiert, die Schuld dafür wird zumeist bei Anderen gesucht und als Therapie gegen Krieg und Gewalt werden Rüstung und die Schaffung von Feindbildern angepriesen. Dass Krieg eines der besten Geschäfte schlechthin ist und die Rüstungslobby riesige Summen für Werbung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung aufwendet ist bekannt, dennoch funktioniert es. Dass wir in den letzten Jahren mit einem radikalen Gesinnungswandel von Menschen und sozialen Gruppen, die noch vor wenigen Jahren zum Kern einer damals recht einflussreichen Friedenslobby gezählt haben, konfrontiert sind, ist sicherlich auch auf den konsequenten und großzügig finanzierten Lobbyismus dieser Wirtschaftskreise zurückzuführen. Sie haben dank ihrer Finanzkraft großen Einfluss auf Medien, zum Teil besitzen sie diese direkt, welche dann die nötigen politischen Voraussetzungen schaffen. So wurden also grüne Peaceniks zu Kriegsbefürworter*innen, wie es auch zu Beginn des 1. Weltkrieges den Lobbys in Verbindung mit den Herrschenden in Deutschland gelang, die Sozialdemokraten zu Kriegsparteien umzuwandeln. Heute sind wir leider mit durchaus ähnlichen Entwicklungen konfrontiert.

Angesichts dieser höchst bemerkenswerten, wenngleich nicht erstmaligen, Entwicklungen haben wir uns bei der Planung dieses Heftes dazu entschlossen, manche aktuell tagespolitische Themen zugunsten einer grundsätzlichen Behandlung des Themas Frieden zurückzustellen. Dabei sind uns zwei Fakten zupass gekommen: Der 300. Geburtstag des wohl bedeutendsten deutschen Friedensphilosophen Immanuel Kant sowie der Todestag eines herausragenden politischen und diplomatischen Pragmatikers des 20. Jahrhunderts, des Friedensnobelpreisträgers Henry Kissinger. Während der Erste das „Glück" hatte, seine Theorien nicht in der Praxis veri- oder falsifizieren zu müssen, hat der Andere dies sehr wohl tun können. Dass er dabei in einen gravierenden Konflikt zwischen Theorie und Praxis geraten ist, war offensichtlich nicht zu vermeiden. Zumal er seine Kenntnisse und Fähigkeiten der dominanten Weltmacht zur Verfügung gestellt hat. Ich möchte also unsere Leserinnen und Leser unbedingt auf die Beiträge von Alfred Noll „Ewiger Friede oder ewiger Krieg?" und Heinz Gärtner „Zum Ableben von Henry Kissinger: Weitsichtiger strategischer Denker mit dunklen kurzsichtigen Flecken" hinweisen.

Die globalisierte Unordnung

Ich möchte gleich mit zwei weiteren Leseempfehlungen fortfahren, welche in gewisser Weise eine Fortsetzung und Aktualisierung der von Noll und Gärtner ebenfalls behandelten Fragen des Auf- und Ausbaues eines globalen politischen und wirtschaftlichen System darstellen.

Unser Stammautor Wendelin Ettmayer analysiert in einem ausführlichen Beitrag die aktuelle Situation des globalisierten, noch dominanten, Weltsystems. Der nach der Implosion der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges weitverbreitete Optimismus (Fukuyamas „Ende der Geschichte") ist inzwischen zu einem System der Konfrontation geworden und strebt auf einen nahezu unvermeindlichen Konflikt zwischen der von der USA dominierten westlichen Welt und den aufstrebenden Staaten des Globalen Südens zu. Keine besonders erfreulichen Zukunftsperspektiven....

Der erfahrene Ökonom Kurt Bayer behandelt unter dem Titel „Die entstehende multipolare Unordnung der Welt-Finanzen" die ökonomischen Aspekte dieses offensichtlich unvermeidlichen globalen Nord-Süd-Konfliktes. Ob die noch dominanten westlichen Staaten die notwendigen und auf Dauer unvermeidlichen politischen und vor allem auch organisatorischen Veränderungen des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems widerstandslos hinnehmen werden, ist fraglich. Die immer stärker werdenden aufstrebenden Staaten des Globalen Südens sind aber bereits seit gerau-

1 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12736/umfrage/entwicklung-der-anzahl-von-konflikten-weltweit/

mer Zeit dabei, ihre eigenen Institutionen zu errichten. Ob diese langfristig die noch bestehenden und vom Westen dominierten Institutionen ersetzen werden oder ob es zu einem Kompromiss kommen wird, ist noch offen.

Rechtsruck in Lateinamerika und Europa

Wir befassen uns auch in diesem Heft mit den Tendenzen zu einer Rechtsentwicklung in der Welt. In Fortsetzung eines Berichtes über Argentinien im letzten Heft veröffentlichen wir ein Interview mit einem führenden lateinamerikanischen Politiker und Intellektuellen über die durchaus ambivalente Situation in Lateinamerika. Die Entwicklungen in Europa, wo bei den kommenden Wahlen zum Europaparlament durchaus ein deutlicher Rechtsruck möglich erscheint, behandeln wir in Beiträgen zu Italien und der Tschechischen Republik. In beiden Ländern hat es deutliche Verschiebungen nach rechts gegeben, wobei vor allem Italien bemerkenswert ist. Und dies nicht nur wegen der Tatsache, dass eine Neofaschistin Ministerpräsidentin ist sondern dass diese Frau auch im restlichen Europa durchaus respektiert und geschätzt wird. Ob dies bereits ein Vorzeichen für neue politische Konstellationen nach den kommenden Wahlen ist, wird man ja bald sehen.

Dass unseren oben beschriebenen Schwerpunktsetzungen in diesem Heft einige durchaus wichtige Themen zum Opfer gefallen sind, ist bedauerlich, aber eine Zweimonatszeitschrift muss einfach diesen Mut zur Lücke aufbringen. Wir werden aber im nächsten, noch vor den EP-Wahlen erscheinenden, Heft auf jeden Fall einen Europa-Schwerpunkt haben.

Dennoch möchte ich auf einige wichtige und interessante Beiträge zu nahostpolitischen Themen verweisen und zur Lektüre einladen: Miriam Younes „Die einzigen zwei Demokratien im Nahen Osten und ihre Konflikte", Markus Schauta „Siedlerterror eskaliert" und der erste Beitrag unseres neuen Redaktionsmitgliedes Jan Ritter „Zwischen Hoffnung und Unterdrückung. Der Weg der Kurden im Iran".

Leider konnten wir auch so wichtige und dramatische Ereignisse wie die Kriege in der Ukraine und in Gaza (hier müsste man vor allem auch die Gefahr eines auf weitere Nahoststaaten eskalierenden Krieges erwähnen) nicht in der nötigen Weise berücksichtigen. Wir werden dies auf jeden Fall in unseren nächsten Heften tun. (Dazu lesen Sie bitte auch die Kolumne „In eigener Sache").

Zum Abschluss möchte ich noch auf einen ganz besonderen Text meines langjährigen Freundes und Kollegen Adalbert Krims verweisen: Er verabschiedet sich in einem berührenden und persönlichen Text von einer die heimische mediale und politische Szene über viele Jahrzehnte wesentlich prägenden Frau: Trautl Brandstaller. Diese hat höchsten Professionalismus, Engagement, Empathie, unbestechliche Objektivität und Feminismus in bestmöglicher Weise verbunden. Sie wird uns allen fehlen.

Fritz Edlinger *E-Mail: f.edlinger@international.or.at*

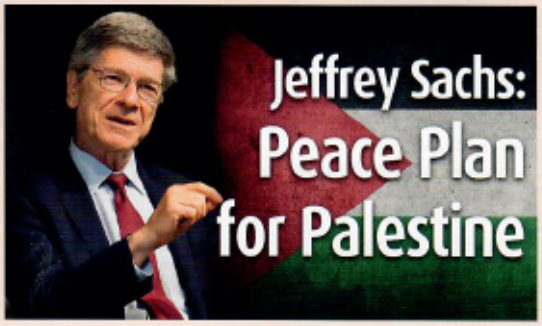
IN EIGENER SACHE

Ich möchte zunächst an dieser Stelle über eine wichtige personelle Neuigkeit berichten: Mit Beginn dieses Jahres hat die Chefredaktion von INTERNATIONAL ein neues Mitglied: Es ist dies Herbert Maurer, der bereits seit geraumer Zeit vor allem im Bereich unseres Kulturressorts mitgearbeitet hat. Er hat sich dabei auch als sehr professioneller und verlässlicher Kollege erwiesen, indem er mich bei Planung der Hefte, auch bei Dingen wie Lektorierung und Endkorrektur unterstützt hat, abgesehen vom Verfassen von ganz ausgezeichneten eigenen Texten. Aufgrund seines Engagements und auch um die weitere geplante Ausweitung unseres gesamten Projektes personell bewältigen zu können, ist Herbert Maurer daher seit 1.1.2024 Mitglied unserer Chefredaktion.
Welcome to the Club.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch wieder einmal in Erinnerung rufen, dass wir nicht nur die Zweimonatszeitschrift INTERNATIONAL herausbringen, sondern auch seit knapp drei Jahren einen eigenen YouTube Kanal gestalten, auf dem pro Woche 2-3 Videos zu aktuellen Themen veröffentlicht werden. Und darüber hinaus verbreiten wir noch – im Durchschnitt 3-5 mal pro Woche - schriftliche Newsletter zu verschiedenen Themen. Die Newsletter muss man – aus rechtlichen Gründen – persönlich über unsere Webseite www.international.or.at/Newsletter bestellen, für den YouTube Kanal muss man selbst bei YouTube angemeldet sein. Dann gibt man einfach Zeitschrift INTERNATIONAL ein und kann sich abonnieren. Wenn man ein (kostenloses) Abo des Newsletters hat, dann wird man zusätzlich bei jedem neuen Video von uns per Newsletter informiert.

Fritz Edlinger *E-Mail: f.edlinger@international.or.at*

Der YouTube-Kanal von International: www.youtube.com/c/InternationalZeitschrift/videos



ITALIEN

Italien nach 16 Monaten Meloni

Angesichts stark zunehmender Rechtstendenzen in Europa taucht wieder öfter die Frage auf: Was geschieht eigentlich im antifaschistisch verfassten Italien, dem ersten der führenden Staaten Europas, in dem seit gut einem Jahr eine Rechtskoalition unter Führung von Post-Faschisten an der Macht ist?

Von **Susanna Böhme-Kuby**

Eine noch recht jugendliche Politikerin, Giorgia Meloni, hatte im September 2022 nach Neuwahlen das Regierungsamt aus den Händen ihres zurückgetretenen Vorgängers „Super-Mario" Draghi übernommen. Politisch aufgewachsen in der Jugendorganisation des spätfaschistischen Movimento Sociale (MSI) an der römischen Peripherie, hatte sie sich schon früh, seit den 90er Jahren, als dessen Führerin qualifiziert, wurde 2006 ins römische Parlament und zur jüngsten Vizepräsidentin desselben gewählt, neben dem Präsidenten Fausto Bertinotti, einem letzten Kommunisten. Silvio Berlusconi hatte sie dann 2008 in seine vierte Regierung als Ministerin geholt und bis 2012 gehörte sie seiner damaligen Partei der Freiheit (PdL) an. Als diese dann die aus Brüssel favorisierte Regierung des Finanzexperten Mario Monti unterstützte, gründete sie mit den Anhängern der Alleanza Nazionale (AN) ihre heutige Partei der Fratelli d'Italia (FdI), für eine entschiedene Opposition gegen Regierung und die EU, die auch unter Mario Draghi bis 2022 zum Sammelbecken fast allen politischen Unmuts wurde.

Melonis Nachfolgepartei der mehrfach gewendeten einstigen Salò-Faschisten (MSI/ AN) führt nunmehr seit 16 Monaten eine politisch keineswegs homogene Dreierkoalition an -und muss sich ständig austarieren mit der inzwischen national-populistischen Lega Matteo Salvinis und der geschrumpften, relativ gemäßigten Forza Italia, nach Berlusconi geführt von Antonio Tajani.

Unterschiedliche politische Schwerpunkte der drei Parteien treten seit Jahresende 2023 zunehmend in den Vordergrund, mit Blick auf die im Juni 2024 anstehenden Europawahlen, bei denen die einzelnen Parteien ja wieder miteinander konkurrieren, wie auch bei demnächst fälligen Regional- und Kommunalwahlen.

Regierungschef Meloni wurde zwar jüngst von der rechtslastigen Tageszeitung 'Libero' zum „Mann des Jahres 2023" gekürt, hat aber mit Mussolini auf den ersten Blick wenig gemein – vor allem agiert sie in einem anderen weltpolitischen Umfeld. Seit 2020 führt Meloni auch die rechtsaußen positionierte EU-Partei der Konservativen und Reformer an, der u.a. Victor Orban, die polnische Pis-Partei und die spanische Vox angehören, die sich alle auf historische Vorläufer beziehen. Doch seit 2021 gehört sie auch dem einflussreichen US-Think-Tank Aspen Institute an und hat inzwischen eine entsprechende außenpolitische Kehrtwende pro-USA und pro-EU hingelegt, die weit über den sprichwörtlichen 'trasformismo' italienischer Politiker hinausgeht, aber zweifellos Grundbedingung für ihren Zutritt zur oberen Machtsphäre war.

Längst nicht all ihre Parteikameraden haben diese Wende mitvollzogen, auch im engsten Kreis Melonis finden sich unverbesserliche Bewunderer des „fähigen Staatsmannes" Mussolini, wie z.B. der Senatspräsident Ignazio La Russa - der, als heute zweithöchster Repräsentant der antifaschistischen Republik Italien, an einer Büste des Duce auf seinem privaten Schreibtisch festhält.

Regieren also wieder Faschisten in Italien?

Die daran anknüpfende Frage, ob oder wie weit der Faschismus lediglich als ein spezifisch historisches Phänomen angesehen werden soll, das sich als solches nicht wiederholt, erscheint als letztlich müßig, denn Geschichte wiederholt sich nicht in alten Formen. Doch lassen sich durchaus heutige Parallelen und Differenzen zu damals aufzeigen, wenn man davon ausgeht, dass der Faschismus noch immer eine autoritäre Variante kapitalistischer Herrschaftsformen in anhaltenden Krisensituationen darstellt, dessen Funktion vor allem in der Sicherung kapitalistischer Besitz- und Produktionsverhältnisse, sowie der notwendigen Profitraten, besteht. So ging es einst und geht es auch noch im heutigen Neoliberalismus um eine möglichst kapitalfreundliche Ausbeutung der Arbeit und folglich gegen bisher erkämpfte demokratische Rechte. (Eine Extremform dessen wird gerade in Argentinien wieder erprobt und ist auch in Donald Trumps neuem Regierungsentwurf für 2025 vorgesehen.)

Die überall nach Kriegsende 1945 im Westen erhaltenen faschistischen Restbestände wurden während der Nachkriegs – Restauration in den meisten Ländern als Randphänomene geduldet. Sichtbarer wurden sie dann in periodischen Krisensituationen, vor allem mit der weltweiten Ausbreitung der Kapitalherrschaft seit den 90er – Jahren und bieten seitdem den Rahmen für das Anwachsen rechtsextremer bis neofaschistischer Tendenzen in ganz Europa, mit diversen autoritär-servilen, ethnisch- identitären und xenophoben Schwerpunkten – parallel zum Verschwinden linker Alternativen.

Doch gerade im antifaschistischen Nachkriegs-Italien sind die Faschisten institutionell stärker verankert geblieben und konnten eine fatale und tödliche Rolle in den 60er und 70er Jahren bei den zahlreichen Terroranschlägen und Umsturzversuchen übernehmen, die das Land destabilisieren und die starke kommunistische Alternative ausschalten sollten. Gegen letztere war ja auch noch Berlusconi in den 90ern angetreten, und die Mission ist inzwischen ja auch erfolgreich beendet.

Den Armen nehmen und den Reichen geben

Ganz knapp könnte man die Politik von Regierungschef Meloni als sukzessive Fortführung dessen definieren, was schon Berlusconi begonnen hatte: den programmatischen Rückbau demokratischer Institutionen und Rechte zur Schwächung des Faktors Arbeit auf der Grundlage einer neoliberalen Politik, die, kurz gesagt, den

Alessia Pierdomenico / Shutterstock.com

Das Triumvirat des Grauens: Giorgia Meloni, Silvio Berlusconi und Matteo Salvini (Rom, 1. März 2018)

Armen nimmt und den Reichen gibt. Ihr gesamtes Regierungs-Programm enthält denn auch alle wesentlichen Forderungen der einstigen P2-Loge, der Berlusconi ja angehörte. Das war jener Geheimbund des rechten Establishments Italiens, der über Jahrzehnte bis in die 80er Jahre verdeckt agierte mit seinem autoritären Programm, zu dem die schon seit langem angestrebte Umwandlung der parlamentarischen in eine präsidiale Republik gehörte mit weitreichendem Verlust demokratischer Kontrollen. Eine daraus folgende Stärkung der Exekutive zu Lasten der Legislative soll jene „governance der Eliten" befördern, die erstmals 1975 von der „Trilateralen Kommission" zur Begrenzung eines vermeintlichen „Exzesses an Demokratie" in den westlichen Staaten gefordert wurde. Um diesen fortschreitenden Demokratie-Abbau geht es auch in Zukunft. Die erste parlamentarische Maßnahme im neuen Jahr zielt auf die Verabschiedung des schon lange von der Lega vorbereiteten Gesetzes zur Schaffung der „autonomia differenziata" der Regionen Italiens, ein komplexes Vorhaben für deren größere finanzielle Autonomie, das von der Opposition als fataler erster Schritt zur Spaltung und Auflösung des Nationalstaates angesehen wird. Sie will als ultima ratio versuchen, das mit einem Volksentscheid zu verhindern, ein schwieriges Unterfangen.

Auch diverse Gesetzentwürfe zur Verstärkung der inneren 'Sicherheit', z.B. gegen sogenannte „eco-vandali", zur Beschneidung der Informationsfreiheit der Presse bei Justizverfahren oder gar zur Abschaffung des Straftatbestandes Amtsmissbrauch, die das Durchregieren erleichtern soll, sind weitere autoritäre Kennzeichen. Die Versuche zur weiteren Abschreckung der Migranten bewegen sich im Kontext menschenverachtender Maßnahmen zur Errichtung der Festung Europa. All das steht im Einklang mit den aktuellen Tendenzen zur Konzentration von Kapital und Herrschaft, von deren struktureller Ungleichheit das 54.World Economic Forum in Davos soeben ein deutliches Bild gab. Der parallel dazu erschienene Oxfam-Bericht „Disuglalita" bestätigt diesen Befund in Italien mit erschreckenden Beispielen.

Der kontinuierliche Deindustrialisierungsprozess Italiens, der seit den 80er Jahren die bis dahin führende Staatsindustrie privatisiert und weitgehend ausgeschaltet hat, vereinzelte auch die Arbeiter und überließ sie zunehmend sich selbst. Die in diesem Kontext 1991 erfolgte Abschaffung der „scala mobile" zeigte rasch fatale Konsequenzen. Diese automatische Lohnanpassung an die Inflationsrate hatte den italienischen Arbeitern seit den 70er Jahren erstmalig ein höheres Konsumniveau ermöglicht und den Nachkriegs-Aufschwung in Gang gehalten, den Erwerb von Autos, Wohnraum und langfristigen Konsumgütern für Viele. Die anschließende Begrenzung der Löhne unterhalb der sogenannten „programmierten" Inflationsrate, die die Regierung damals jährlich festlegte und die seitdem immer unter der realen Inflation lag, führte dann bald zu jenem in der EU einzigartigen Phänomen des Stillstands der italienischen Reallöhne seit nunmehr drei Jahrzehnten. Die seit 2022 wieder erstarkte Inflation hat, in einer Art Blitzkrieg, die Arbeitenden und die Kleinsparer weiter verarmt zugunsten der Profite der Großbetriebe und vor allem der Finanzwelt.

Selbst diesen jüngsten Einbußen der Löhne von insgesamt ca. 15% in den letzten Jahren konnten die Gewerkschaften bisher keine ausgleichenden Tarifabschlüsse entgegensetzen, ja, nicht einmal die seit Jahren nach EU-Recht geforderte Einführung eines Mindestlohns von 9 € pro Stunde erreichen.

Zuletzt streikten noch am 22. Dezember die Arbeiter vieler Dienstleistungsbetriebe und der Tourismusbranche, die oft prekär zu Stundenlöhnen von unter 5 € arbeiten müssen. Schon am 17.Juni 2023 hatte die Oppositionspartei der 5-Sterne (M5S), angeführt von Giuseppe Conte, zu einer großen Demo „Basta vite precarie" gegen Prekarität und Melonis angekündigte Streichung des Bürgergeldes für Hunderttausende aufgerufen, das Regierungschef Conte selbst eingeführt hatte. Die größere Demokratische Partei (PD) schloss sich dem nicht sofort an, sondern demonstrierte erst am 11.November in Rom „für ein gerechteres Italien".

Nach der Sommerpause waren die Betroffenen selbst wieder auf Straßen und Plätze gezogen, organisiert von Gewerkschaften

und den vielen Bürgerinitiativen des Landes: Am 7.Oktober kamen weit über 200.000 Menschen unter dem Motto „La via maestra" zur Verteidigung der Verfassung nach Rom: für Frieden und Demokratie, gegen die von Meloni angestrebten Reformen für die Autonomie der Regionen und ein Präsidialsystem. Am 28.Oktober forderten viele Tausende in Rom und am 10.Dezember in Assisi einen Waffenstillstand in Israel-Palästina. Am 17. November und Folgetagen gab es mehrere kurze Generalstreiks gegen das geplante Haushaltsgesetz und die weitere Verarmung der Arbeitenden, am 25. November folgten landesweite Großdemonstrationen der Frauen gegen Patriarchat und Gewalt, ausgelöst durch den – bis dahin – 109. „femminicidio" (Frauen-Mord) des Jahres. Und nicht nur umweltbewusste „ambientalisti" demonstrierten während der COP 28 im Dezember für radikale Veränderungen bei Klimapolitik und Warenproduktion. Die letzten Überschwemmungskatastrophen in der Romagna und der Toscana hatten Millionen Menschen in starke Mitleidenschaft gezogen, und 84% der kürzlich vom Censis Befragten sehen in der Klimakrise eines der dringendsten Probleme Italiens, was den im rechten Lager zirkulierenden negazionistischen Thesen entgegensteht.

Noch immer keine Zukunftsperspektive

Selbst ein grand commis wie der einstige Regierungschef Romano Prodi hat Mitte Dezember 2023 auf dem PD-Konvent in Rom nochmals angeprangert, dass die Verschlechterung der gesamten sozioökonomischen Situation Italiens zwar seit mehr als zehn Jahren als unhaltbar angesehen wird, aber bisher keine Auswirkung auf die Politik der jeweils regierenden Parteien hatte. Auch Melonis weiterhin unnachgiebige Sparpolitik beim Welfare, die im Staatshaushalt 2024 vorgesehenen Wohltaten für Wenige und die Milliarden für Militärausgaben und Mega-Projekte, wie z.B. die seit ewig umstrittene Brücke nach Sizilien (für gut 12 Mrd.€) lassen eine reale Zukunftsperspektive vermissen. Die aus Europa gewährten Gelder des PNRR für neue Projekte, die nach ursprünglicher Zielsetzung vor allem dem Süden zugute kommen sollten, verschwinden inzwischen – nach Melonis Neuverhandlungen in Brüssel – hinter einer Nebelwand aus widersprüchlichen An- und Absagen.

Sah der Soziologe Giuseppe de Rita schon 2010 das Land wie gefangen in einer Gegenwart, aus der Erinnerung und Zukunft ausgeblendet waren, so scheint das Attribut der „Schlafwandler", das laut dem jüngsten 57. Censis-Bericht (Dezember '23.) die Italiener kennzeichnet, durchaus als passend, allerdings mehr für die Regierenden selbst, als für die Regierten. Nicht von ungefähr scheint die Metapher dem Romanzyklus von Hermann Broch von 1930 entlehnt, der den fortschreitenden Zusammenbruch der europäischen Kultur nachzeichnete, der damals zu Nationalsozialismus und Weltkrieg führte. Zwar scheint ein solcher Ausgang nicht unmittelbar bevorzustehen, aber das Gefühl, sich am Rande eines Abgrunds zu befinden, hat viele Menschen erreicht und führt die schweigende Mehrheit zur Resignation. Auch die regierenden Politiker scheinen eher hilflos angesichts der katastrophalen Aussichten auf weiteren Wirtschaftseinbruch, mitbedingt auch durch den absehbaren Bevölkerungsrückgang der Italiener bis 2050 und weitere Kriegsszenarien, die der Censis-Bericht untersucht und die der ernüchterte Ausblick des ISPI-Berichtes auf die zunehmend fragmentierte Weltsituation 2024 noch bestätigt.

Hatte man schon vor mehr als einem Jahrzehnt in Italien eine „desillusionierte, tief verunsicherte und geschwächte Gesellschaft, ohne Gesetz mehr, noch Verlangen", (so der 44. Censis-Bericht zur Lage der Nation vom Dezember 2010) ausgemacht, die apathisch wirkte, so hat sich das noch weiter verstärkt. Diese Gesellschaft hat nämlich ihren seit den 90er Jahren gehegten Glauben an die Wunderwirkung einer endlich effizienten politischen leadership längst eingebüßt, scheint aber durch wachsenden medienvermittelten Konsum-Egoismus abgestumpft und unfähig geworden zu sein, aus eigener Kraft auf die Zumutungen einer Realität zu reagieren, die keine politischen Alternativen mehr aufzeigt.

Ein neuer Kulturkampf

Das hat neben politischen und sozialen auch kulturelle Folgen, und gerade auf diesem Gebiet entfacht die Meloni-Regierung seit ihrem Amtsantritt einen regelrechten Kulturkampf auf breiter Ebene.

Angetreten, jene vermeintliche „Hegemonie der Linken" zu brechen, gegenüber der die politische Rechte über Jahrzehnte ein ausgeprägtes underdog-Syndrom entwickelt hatte, will sich Meloni jetzt endlich davon erlösen. Erste Schritte dahin waren die Neubesetzungen politischer und letzter staatswirtschaftlicher Führungspositionen mit ihren Anhängern (spoil-system), in einem nach bisherigen Regierungswechseln ungewöhnlichen Ausmaß. Inzwischen werden auch die meisten leitenden Posten im Bereich von Kulturinstitutionen, wie Museen, Bibliotheken, TV und in der Filmbranche neu vergeben.

Ein offener, leichter Neofaschismus 2.0 soll heute als fließende Verbindung von Populismus und Sovranismus zu einer neuen „Hegemonie" avancieren. Dieser, von Antonio Gramsci entlehnte und hier pervertierte Begriff zeigt, dass sogar ein Gramsci – den die Faschisten 1926 einkerkerten, um sein ihnen gefährliches Gehirn auszuschalten – verflacht und eingeebnet werden soll in das rechte Narrativ einer „ideologia italiana". Eine solche Nationalkultur soll künftig die öffentliche Meinung beherrschen, in Talkshows wie in Universitäten und Schulen, an der Peripherie, wie auf den großen Plätzen des Landes. Auch das ist ein anderswo in Europa präsentes Projekt, bei dem es auch in erster Linie um Symbole geht.

Zu wichtigen Symbolen gehören in Italien die Inhalte ideologisch geladener Begriffe wie Antifaschismus, Resistenza oder auch Feiertage, wie der der Befreiung 1945 am 25. April; es gibt also viele Gelegenheiten, um neue Sichtweisen der Rechten zu etablieren. Dafür fehlt es auch nicht an Vorlagen, wie z.B. die Resolution des EU-Parlamentes vom 19. September 2019 zur Schaffung eines „einheitlichen Geschichtsbewusstseins", konzipiert für ganz Europa. Diese von allen EU-Parteien mit Ausnahme der kleinen Linksfraktion verabschiedete Resolution hat einen durchaus totalitären Anstrich. Mit Rückgriff auf die erneuerte Totalitarismus-Theorie werden die historischen Erfahrungen von Kommunismus und Faschismus gleichgesetzt – was einem „Auslöschen der Erinnerung" (Luciana Castellina) gleichkommt. Dass damit auch die Geschichte des 2. Weltkriegs umgeschrieben wurde, steht im Kontext der schon Mitte der 80er Jahre in Deutschland erfolgten Veränderung des anti-nazistischen Koordinatensystems im sogenannten „Historikerstreit". Das sollte damals der Stabilisierung des neuen Selbstverständnisses der BRD dienen und ihren Geburtsfehler, nämlich die Existenz und führende Rolle der Trägerschichten des Dritten Reiches beim Aufbau des demokratischen Verfassungsstaates nach 1949 verdecken bzw. relativieren. Für Europa impliziert das die Forderung nach Auslöschung des gesamten antifaschistischen Gedenkens, z.B. in Italien an die Opfer der Kommunisten in der Resistenza, einschließlich ihrer in der Öffentlichkeit präsenten Symbole und Straßennamen. Historische Komplexität soll durch einseitige Erinnerungskultur ersetzt und Geschichte von einem Studienobjekt, zu einem urteilenden Subjekt gemacht werden, das man je nach Erfordernis einsetzen kann. So soll z.B. nicht mehr der deutsche Überfall auf Polen als Beginn des 2. Weltkriegs gelten, sondern der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, kurz Hitler-Stalin-Pakt genannt, der am 23.8.1939 unterzeichnet wurde, denn schließlich sei Hitler ja Stalin nur zuvor-

gekommen beim „Ziel der Welteroberung". Dieses Datum soll in der EU künftig sogar als „Tag des Gedenkens an die Opfer totalitärer Regime" begangen werden – Täter und Opfer verschwimmen also miteinander, und der Vernichtungskrieg der Deutschen, der auch 27 Mio. Sowjetbürger tötete, verschwindet unter anderem. Daran anschließend kann dann auch der historische Faschismus problemlos eingeebnet werden und eingebettet in eine viel längere Nationalgeschichte Italiens. Auch dafür gibt es Parallelen anderswo. Und schließlich versäumen Melonis Fratelli nicht, den historischen Antifaschismus gleichzusetzen und zu desavouieren mit der Antifa-Bewegung der 70er Jahre, der vereinzelt auch Neofaschisten bei terroristischen Anschlägen zum Opfer fielen, von ihren Nachfolgern heute zu Märtyrern stilisiert.

Doch die von rechts immer wieder aufgetischte These der sogenannten 'opposti estremismi' von links und rechts hat den realen Gegebenheiten noch nie standgehalten. Von den 2.528 zwischen 1969 und 1975 erfolgten politisch motivierten Gewalttaten waren nachweislich 196 linken und 1.671 rechten Ursprungs (laut Istituto Cattaneo/ Untersuchung von Della Porta-Rossi) und 176 Tote und 577 Schwerverletzte gingen damals auf das Konto der Neofaschisten (laut SISDE-Bericht über den Rechtsterrorismus von 1982).

Am 7.Januar gedachten in Rom mehrere hundert 'camerati' dreier 1978 getöteter MSI-Kameraden mit zum faschistischen 'saluto romano' erhobenen Armen, die Bilder gingen inzwischen durch alle social media. Verurteilt wurde das von Meloni nicht, ja ihre Parteikameraden stellen sogar in Abrede, dass es sich dabei um ein Vergehen gegen das Verbot faschistischer Propaganda handelt, Gerichte sollen darüber entscheiden. Vermehrte Verstöße aus Melonis politischem Umfeld gegen gängige zivile Gepflogenheiten schüren zwar den Protest der Opposition und den Unmut vieler Staatsbürger über das noch tiefer gesunkene Niveau der aktuellen 'classe politica', aber auch das ist kein spezifisch italienisches Phänomen. Der arrogante Anspruch auf eine Politikern vermeintlich zustehende Nachsicht, um nicht zu sagen Straffreiheit, unterstreicht nur deren wachsende Entfernung von dem Empfinden der Bevölkerung. Schwer auszublenden bleibt aber auch das schon seit den 90er Jahren wieder verstärkt auftretende Schläger-Potential der Neo-Faschisten, heute vor allem in Forza Nuova (FN) und Casa Pound organisiert und landesweit zunehmend im Einsatz. Schon die Alt-Faschisten agierten seit ihren Anfängen 1919 immer auf zwei Ebenen, mit Schlagstöcken und im Anzug.

Man wird sehen, wie die Regierung mit dem im Juni anstehenden 100.Jahrestag der Ermordung des Sozialistenführers (PSU) Giacomo Matteotti umgehen wird, dem frühesten und entschiedensten Gegner Mussolinis. Er wurde am 10.Juni 1924 auf dem Weg ins Parlament von einem faschistischen Killerkommando überfallen, verschleppt und ermordet. Dieses Delikt war eine Art Bluttaufe für Mussolinis totalitäres Regime ab 1925.

Propagandistische Selbstdarstellung

Das anspruchsvolle Medienangebot Italiens ist schon seit Jahrzehnten stark eingeschränkt, ein Großteil der linken Presse ist mit ihren Parteien und Organisationen verschwunden, wie auch die öffentlichen Finanzzuschüsse, die einst eine äußerst vielstimmige Presse ermöglichten. Und weitere Einschränkungen sind geplant, denn die Förderung von Meinungsvielfalt steht nicht auf Melonis Programm.

Die zunehmend rechte mainstream-Presse Italiens verbreitet inzwischen die Meinung, dass die einst extreme, ja faschistische Rechte längst zu einer konservativ-bürgerlichen Kraft mutiert sei, und als solche inzwischen hoffähig und überall akzeptiert, was auch Melonis außenpolitischer Aktivismus beweise, der von Erfolgen gekrönt sei. Diese Medien verbreiten die propagandistische Selbstinszenierung von Giorgia Meloni fast pausenlos und ihre vorgeblich so erfolgreiche Politik, die sie „stolz" macht, wie sie immer wieder betont: Händeschütteln mit Präsident Biden, Umarmungen mit Macron, Zelensky, Orban und von der Leyen. Auch das hat Meloni von Berlusconi gelernt, der ja auch nur Erfolge verkündete und die Existenz der italienischen Wirtschaftskrise zu einer Erfindung der Kommunisten erklärte.

Ein 1998 von Meloni begründetes Fest der faschistischen Jugend, benannt nach Atreju, dem Helden von Michael Endes Unendlicher Geschichte, hat sich inzwischen zu einem mehrtägigen Politspektakel der Fratelli d'Italia ausgeweitet, zu dem Mitte Dezember auch Gäste von weither anreisten, so der Parteichef der spanischen Vox, der Präsident Albaniens, der englische Premierminister und als Clou: Elon Musk. Meloni sonnte sich in diesem Umfeld und schloss die viertägige Show mit einer 70-minütigen Propagandarede, die mit der Verheißung endete, dass sie alles tun werde für „die größte Revolution" Italiens, die ihre Landsleute im In- und Ausland wieder voller Stolz sagen lässt: „Ich bin Italiener".

Auf ihrer 2023-Jahrespressekonferenz, die aus privaten Gründen auf den 4. Januar 2024 verschoben worden war, beantwortete sie dann fast drei Stunden lang die im Voraus vorgelegten Fragen der Journalisten mit gut einem Drittel nachweislich falscher Angaben. Nachfragen oder gar Widerrede waren ausgeschlossen, und so blieb der geschönte Eindruck einer zukunftsträchtigen Sozial- und Wirtschaftspolitik, mit Wachstum und zunehmenden Beschäftigungszahlen, sinkenden Steuern und neuem Ansehen der Nation im Rest der Welt.

Doch selbst gegen diese bisher von den meisten Italienern seit langem am schlechtesten bewertete Regierung, die ja auch nur von einer Minderheit (12 Mio.) gewählt wurde, während 15 Mio. die mitte-linke Opposition wählten und 18 Mio. Wähler 2022 aus Protest und Resignation gar nicht mehr zur Wahl gegangen waren, konnten sich die großen und kleineren Oppositionsparteien noch immer nicht zu einer gemeinsamen Strategie zusammenfinden. Das mag an Vielem liegen – an mangelhaften Analysen und Selbstkritik, sowie starker Selbstreferenz – aber vor allem am Fehlen einer alternativen Zukunftsperspektive innerhalb der engen polit-ökonomischen Spielräume im EU- und US-Kontext, die in der strukturellen Ungleichheit kein Potenzial für eine Stärkung des Faktors Arbeit mehr lassen.

Dafür sorgt auch die hohe Staatsverschuldung, jenes Gängelband, das seit Jahrzehnten verstärkt wird durch milliardenschwere Zinseszinszahlungen, für die die zögerliche Verweigerungshaltung Melonis bei der jüngsten EU-Reform des ESM keineswegs bessere Bedingungen erwirkt hat. So wird nach Wegfall des Corona-Aufschubs in diesem Jahr auch Italien wieder unter das Damoklesschwert der Finanzmärkte geraten.

Susanna Böhme-Kuby *studierte in Italien Literaturwissenschaften und Geschichte. Einer ihrer Forschungsschwerpunkte war die deutsche Presse im 20. Jahrhundert. Sie lehrte Deutsche Literaturgeschichte an den Universitäten von Genua, Udine und Venedig. Sie hat mehrere Bücher in deutscher und italienischer Sprache veröffentlicht und schreibt auch jetzt noch Artikel sowohl für deutsche Zeitungen und Zeitschriften, darunter die Blätter für deutsche und internationale Politik und der Freitag, als auch für italienische Blätter. 2003 wurde Böhme-Kuby in den Vorstand der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft gewählt.*

E-Mail: susanna@kuby.it